

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 10.09.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

Frau Mönkemöller

Herr Sternbacher

Frau Weißenfeld

Stellv. Vorsitzende

(bis 19.05 Uhr)

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Frau Jansen

Herr Jung

Frau Schellong

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Frau Mann

Vorsitzender

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

BfB

Herr Bolte

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Frau Huber

Herr Müller

Herr Teutrine

Herr Winkelmann

Integrationsrat

Seniorenrat

Psychiatriebeirat

FDP-Ratsgruppe

Beirat für Behindertenfragen

(ab 17.10 Uhr)

(ab 17.10 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Dr. Schmid

Herr Kühn
Frau Kleiner
Herr Linnenbürger

Dezernat 5
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für Verkehr
Stab Dezernat 3
Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Heidenreich

moBiel

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Mit Blick auf die Neugründung der Wählergemeinschaft „Lokaldemokratie in Bielefeld“ durch Herrn Gugat und der Aufkündigung der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten appelliert Herr Copertino an Herrn Gugat, sich an den Abstimmungen nicht zu beteiligen. Herr Copertino teilt mit, sollte Herr Gugat an den Beschlüssen mitwirken, wird sich die CDU-Fraktion eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der gefassten Beschlüsse vorbehalten.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Rahmen eines einheitlichen Wahlvorschlages durch den Rat bestimmt worden seien. Dieser Beschluss behalte so lange seine Gültigkeit, bis ein davon abweichender Beschluss gefasst werde. Trotz der Mitwirkung von Herrn Gugat an den Beschlüssen bestünden daher keine Zweifel an ihrer Rechtmäßigkeit.

Darüber hinaus teilt Vorsitzender Herr Hood mit, dass Beigeordneter Frau Ritschel für sechs Monate Sonderurlaub bewilligt worden sei. Ihre Aufgaben für den Bereich der Gesundheitsfragen würden für diese Zeit von Beigeordnetem Herrn Nürnberger wahrgenommen. Das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wird im SGA weiterhin von Herrn Dr. Schmid vertreten.

Herr Copertino beantragt zu TOP 10, Drucks.-Nr. 8532/2014-2020, eine 1. Lesung. Aufgrund des Nachversandes habe sich die CDU-Fraktion noch nicht ausreichend mit der Vorlage befassen können. Die Anwesenden erheben keine Einwände.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1**Beauftragung der moBiel GmbH mit Fahrten zur Anbindung der Flüchtlingsunterkunft „Rütli“ an die Haltestelle Sieker Endstation zum 01.01.2020 als Zusatzverkehr gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2 der Betrauung****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 9009/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass mit der Beauftragung der moBiel GmbH ein Stück Normalität in die Anbindung der Flüchtlingsunterkunft „Rütli“ an die Haltestelle Sieker Endstation entstehe. Mit der Umstellung müssten die Nutzer dieses Zusatzverkehrs entsprechende Fahrtickets kaufen, sodass es insgesamt zu einer Reduzierung der Kosten führe.

Herr Kühn verweist auf die in der Vorlage dargestellten finanziellen

Kenndaten. Fragen hierzu könnte Herr Heidenreich von mobil beantwortet werden. Die Beauftragung der Anbindung sei bis Ende 2023 geplant. Dann ende die Betrauung und es müsse ein neues Vergabeverfahren durchgeführt werden.

Herr Holler-Goller begrüßt nicht nur die vorgestellte Maßnahme, die nach seiner Einschätzung integrativ wirke, sondern auch eine mögliche Verlängerung der Buslinie bis zur Buschkampkreuzung. Weiterhin bittet er um Informationen über die Perspektive der Flüchtlingsunterkunft „Rütli“ über 2025 hinaus.

Herr Bolte befürwortet ebenfalls die Abschaffung des Kleinbusverkehrs, stellt aber die dauerhafte Erhaltung der Flüchtlingsunterkunft infrage.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass über die Nutzung der Unterkunft nach 2025 derzeit noch keine Aussagen gemacht werden könnten. Mittelfristig sehe er die Notwendigkeit, zwei große Unterkünfte für geflüchtete Menschen vorzuhalten. Dies solle mit den Unterkünften „Rütli“ und „Eisenbahnstraße“ gewährleistet werden. Er schlägt vor, um die Gegebenheiten der Unterkunft „Rütli“ besser kennenzulernen, eine der nächsten Sitzungen vor Ort abzuhalten.

Auf eine Frage von Herrn Bolte führt Herr Heidenreich von moBiel aus, dass der Busverkehr fremd vergeben würde.

Herr Copertino begrüßt den Vorschlag, eine SGA-Sitzung vor Ort abzuhalten. Um die Akzeptanz der Maßnahme bei den Bürgern bewerten zu können, bittet er nach einer gewissen Zeit um eine Berichterstattung. Eine Verlängerung des Busverkehrs bis zur Buschkampkreuzung werde von ihm ebenfalls befürwortet. Langfristig solle dies zu einer Aufnahme der Strecke in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) führen.

Herr Kühn macht darauf aufmerksam, dass vom 23. bis 25.9.2019 in nicht öffentlichen Veranstaltungen über Möglichkeiten im Rahmen des Nahverkehrsplans diskutiert würde.

Sodann fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Bielefeld beauftragt die moBiel GmbH mit der Durchführung von Fahrten zur Anbindung der Flüchtlingsunterkunft „Rütli“ an die Haltestelle Sieker zum 01.01.2020 als Zusatz-Verkehr gem. § 1 Abs. 5 Satz 2 der Betrauung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sonder-sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (44. Sit-

zung) und des Jugendhilfeausschusses am 25.06.2019

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (44. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses vom 25.06.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 25.06.2019**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 25.06.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **Sechszwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAföGÄndG)**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Bildung und Teilhabe (BuT) - Umsetzung des Starke-Familien-Gesetzes sowie Änderungen des Abrechnungsverfahrens**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Änderung des §12 a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) - Wohnsitzregelung

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Änderungen im Asylbewerberleistungsrecht zum 01.08.2019 bzw. 01.09.2019

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Woche für Pflegende Angehörige vom 14. - 21.09.2019

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandten Veranstaltungsflyer.

Beigeordneter Herrn Nürnberger lädt die Mitglieder herzlich dazu ein, beim Servieren im Rahmen des Gala-Diners mitzuhelfen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.6 Fachgespräch Lebenslagenbericht am 27.09.2019

Vorsitzender Herr Hood erinnert an das Fachgespräch Lebenslagenbericht am 27.9.2019. Die Einladung hierzu sei bereits per Mail versandt worden.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Stellenplanung Betreuung Geflüchteter (Anfrage der FDP-Ratsgruppe vom 02.09.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9258/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6**Anträge****Zu Punkt 6.1****Einführung YouCard (Antrag der CDU-Fraktion vom 30.08.2019)**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9229/2014-2020

Herr Copertino bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein und verweist auf die schriftlich vorliegende Begründung.

Herr Brücher verweist auf einen inhaltlich gleichlautenden Antrag, der vom SGA bereits beschlossen worden sei. In diesem Beschluss sei die Verwaltung aufgefordert worden, die Vor- und Nachteile bzw. die Sinnhaftigkeit dieser Karte für Bielefeld zu ermitteln. Die Antwort der Verwaltung stehe derzeit noch aus. Er bittet Herrn Copertino, den Antrag zurückzuziehen.

Frau Bußmann macht darauf aufmerksam, dass der genannte Beschluss vor Bekanntwerden der Gesetzesänderung gefasst worden sei. Durch die Gesetzesänderung gebe es nunmehr die Möglichkeit, das Geld direkt an die Leistungsempfänger*innen auszahlen zu können. Nach Auffassung der Fraktion Die Linke führe die Inanspruchnahme der Leistungen über eine YouCard zu einer Stigmatisierung. Sie halte die direkte Auszahlung der Mittel an die Leistungsempfänger*innen für die bessere Lösung.

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert darüber, dass der SGA am 09.10.2018 folgenden Beschluss einstimmig gefasst habe:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, durch welche Konzepte eine unbürokratische Umsetzung des Bildung-und Teilhabepakets für Bielefeld möglich ist.

Die Ergebnisse sind dem Sozial-und Gesundheitsausschuss bis zum Ende des Jahres vorzustellen. Ziel ist es, eine Lösung analog der YouCard in Hamm oder der Münsterlandkarte in Münster auch in Bielefeld einzuführen.“

Mit Blick auf die Gesetzesänderung konnte diese Prüfung noch nicht abgeschlossen werden. In der Sitzung am 08.10.2019 werde die Verwaltung voraussichtlich einen Vorschlag hierzu unterbreiten.

Herr Copertino räumt ein, dass ihm der genannte Beschluss nicht mehr präsent gewesen sei. Mit Blick auf die angekündigte zeitnahe Berichter-

stattung erkläre er sich damit einverstanden, den Antrag zurückzuziehen.

Vorsitzender Herr Hood fasst zusammen, dass es allen Ausschussmitgliedern darum gehe, den Leistungsberechtigten einen besseren und schnelleren Zugang zu den Leistungen zu ermöglichen.

Der Antrag wird von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

-.-.-

Zu Punkt 7 Ausbildungsoffensive - Berufsmentoren -2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8532/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, die Umwidmung der nicht verbrauchten Mittel für den „Bielefelder Ausbildungsbonus“ und „Ausbildung plus“ vorgesehenen Mittel in das Projekt „Berufsmentoren“ zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Es erfolgt zunächst die Berichterstattung zu TOP 9. Die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im späteren Teil der Niederschrift.

Zu Punkt 8 Gesundheitsbericht „Stillfreundliches Bielefeld. Daten zum Stillverhalten“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9130/2014-2020

Herr Cremer erläutert die wesentlichen Punkte des Stillberichtes (**Anlage 3**) mit Blick auf

- die gesundheitlichen Vorteile für Mutter und Kind,
- die Stillempfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und des Netzwerkes Gesund ins Leben und
- die Möglichkeiten, die Stillbereitschaft zu fördern.

Diese Punkte werden mit umfangreichen Datenmaterial zum Stillverhalten

in Deutschland und speziell in Bielefeld verdeutlicht.

Auf Fragen und Anregungen von Herrn Gugat, Frau Mann und Frau Weißenfeld, Herrn Copertino und Herrn Brücher führt Herr Cremer u.a. aus, dass bei der anzustrebenden Passgenauigkeit einzelner Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen immer wieder deutlich werde, dass ausbildungsferne Personen nur schwer den Zugang zu Präventionsmaßnahmen erlangen. Derzeit würden Überlegungen angestrengt, Präventionsangebote mit bestehenden Projekten zu verbinden. Hierzu fehlten derzeit noch Fördergelder. Mit der Schaffung von ruhigeren Räumen zum Stillen in der Öffentlichkeit sollen positive Botschaften ausgegeben werden. Letztendlich liege die Entscheidung bei Mutter und Kind, ob sie sie annehmen. Frau Weißenfeld bewertet dies als unterstützungswert, aber auch als einen großen Eingriff in die Belange der Mütter. Zur Steigerung der Stillbereitschaft sei eine Beratung sehr wichtig.

Vorsitzender Herr Hood macht im Namen des Ausschusses deutlich, dass bei Initiativen zur Stillfreundlichkeit die Mitglieder die Kampagnen unterstützen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Bericht zum „Aktionsbündnis Inklusion“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9227/2014-2020

Frau Krutwage erinnert rückblickend an die beauftragte Priorisierung der Maßnahmen und den Zwischenbericht Inklusion im Januar 2019. Mit dem „Aktionsbündnis „Inklusion““ entstehe ein jährlich wiederkehrendes Format, das zur Steigerung der gesellschaftlichen Wertigkeit der Inklusion führe. Die Veranstaltungsreihe solle im Mai 2020 erstmalig beginnen. Einzelne Veranstaltungen würden exemplarisch vorgestellt.

Frau Gorsler und Herr Holler-Göller bedanken sich für die so zu schaffende gesellschaftliche Präsenz der Inklusion. Sie begrüßen die jährlich wiederkehrende Veranstaltungsreihe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Auskömmliche Finanzierung des Systems der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen**
hier: Umschichtung von Mitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9215/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die in der Vorlage dargestellte Umsetzung des Ratsbeschlusses. Diese Konkretisierung sei auf Wunsch der Kämmerei erfolgt und stelle die technische Umsetzung des Ratsbeschlusses von Juli 2019 dar. Auf der Grundlage dieser Vorlage könne dann eine Veränderungsliste im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eingebracht werden.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Haushaltsplanberatungen für den Doppelhaushalt 2020/2021, Beschlussfassung**

Beratungsgrundlage:

Anträge der CDU-Fraktion vom 06.09.2019:

Drucksachennummer:

9306/2014-2020 Auflösung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention

9308/2014-2020 Schaffung einer Stelle für die Ärztebetreuung, Begleitung des Aufbaus der medizinischen Fakultät

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung zu den eingegangenen Haushaltsfragen der CDU-Fraktion (**Anlage 4**). Herr Copertino bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Beantwortung, obwohl die Fragen erst kurzfristig eingereicht worden seien.

Zur Beratung der Haushaltsanträge der CDU-Fraktion schlägt Vorsitzender Herr Hood vor, da sie inhaltlich nicht einem bestimmten Haushaltsplan zugeordnet werden konnten, über die Anträge vor Beschlussfassung der einzelnen Haushalts- und Stellenpläne zu beraten und abzustimmen. Die Anwesenden sind einverstanden.

Herr Copertino bringt die Anträge ein und verweist auf die schriftlich vorliegenden Begründungen. Die Notwendigkeit des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention sei von der CDU von Beginn an infrage gestellt worden. Der bevorstehende Stellenwechsel in der Sozialamtsleitung solle zum Anlass genommen werden, über eine etwaige Umstrukturierung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- unter Einbeziehung der Arbeitsfelder aus dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention nachzudenken. Mit dieser Veränderung würden Finanzmittel frei, die für die Finanzierung einer neuen Stelle (s. Drucks.-Nr. 6308/2014-2020) eingesetzt werden könnten.

Herr Brücher bewertet das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention als notwendig und sinnvoll. Es sei eine Koordinierungsstelle für die unterschiedlichen Fachbereiche (z. B. Psychiatrieplanung, Inklusionsplanung, Bielefeld integriert, etc.). Eine Umstrukturierung führe zu keiner großen finanziellen Auswirkung. Der Antrag werde von der SPD-Fraktion abgelehnt.

Frau Mann schließt sich den Ausführungen von Herrn Brücher an. Für sie sei nicht nachvollziehbar, dass im Sozialbereich angebliche Doppelstrukturen abgebaut werden sollten und die sich daraus ergebenden freien Finanzmittel zur Schaffung von Doppelstrukturen in anderen Bereichen eingesetzt werden sollen. Wie in den vergangenen Sitzungen aufgezeigt worden sei, bestünden bereits gute Netzwerke zur Unterstützung der Hausärzte. Die Schaffung einer neuen Stelle zur Betreuung von Ärzten sei für sie eine Doppelstruktur und deshalb nicht nachvollziehbar.

Beschluss zu Drucks.-Nr. 6306/2014-2020:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention aufzulösen und das Geschäftsfeld in das Sozialamt zu integrieren.

- mit Mehrheit abgelehnt –
 Abstimmung: 6 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen

Beschluss zu Drucks.-Nr. 6308/2014-2020:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stelle einzurichten, die für die Ärztebetreuung sowie Unterstützung bei Fachtagungen und Kongressmarketing zuständig ist und die Begleitung des Aufbaus der medizinischen Fakultät inklusive medizinischer Wirtschaftsbetriebe fördert.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt –
 Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Für die nachfolgenden Haushaltspunkte macht Herr Copertino deutlich, dass die CDU-Fraktion eine andere soziale Ausrichtung habe und kündigt daher die Ablehnung der einzelnen Haushaltspositionen an. Auf seine Forderung, dass der SGA über den Gesamthaushalt abstimmen solle, macht Vorsitzender Herr Hood deutlich, dass der Gesamthaushalt vom Rat beschlossen werde.

Frau Bußmann erinnert daran, dass die Fraktion Die Linke im Rat beantragt habe, keinen Doppelhaushalt 2020/2021 aufzustellen. Sie werde sich deshalb bei den Abstimmungen zu den einzelnen Haushalts- und Stellenplänen enthalten. Die Stimmenthaltung beziehe sich nicht auf die zahlenmäßige Darstellung in den einzelnen Haushaltsplänen.

Zu Punkt 11.1 Haushalts- und Stellenplan 2020/2021 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8833/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppelhaushalt 2020/2021 mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2024 und den Stellenplan 2020/2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:

11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung

11.02.04 Veterinärwesen/Artenschutz

11.02.05 Fleischhygiene

11.07.01 Gesundheitsförderung

11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

11.07.03 Gesundheitshilfe

11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz

11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL

wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Erträge		Aufwendungen	
	2020	2021	2020	2021
Produktgruppe 11.02.03	6.682,-	186.682,-	1.977.987,-	2.004.793,-
Produktgruppe 11.02.04	19.500,-	19.500,-	418.269,-	426.690,-
Produktgruppe 11.02.05	50.000,-	50.000,-	35.149,-	35.619,-
Produktgruppe 11.07.01	75.437,-	232.437,-	2.008.106,-	2.041.000,-
Produktgruppe 11.07.02	28.382,-	128.382,-	361.241,-	367.605,-
Produktgruppe 11.07.03	344,-	344,-	2.105.234,-	2.137.779,-
Produktgruppe 11.07.04	926.984,-	926.984,-	1.855.986,-	1.878.241,-
Produktgruppe 11.07.05	0,-	0,-	26.800,-	26.800,-

mit ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen in den Jahren 2020 und 2021 **wird zugestimmt.**

3. Dem **Teilfinanzplan A**

der Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 300,- € in 2020 und 1.800,- € in

2021 und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 200,- € in 2020 und 2021 und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 4.100,- € in 2020 und 3.600,- € in 2021 und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 9.214,- € in 2020 und 11.214,- € in 2021 und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 314,- € in 2020 und 2021 und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 3.400,- € in 2020 und 400,- € in 2021 und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

wird zugestimmt.

4. Dem **Teilfinanzplan B**

der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03 und 11.07.04 **wird zugestimmt**

5. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.05, 11.07.01, 11.07.04 und 11.07.05 **wird zugestimmt.**

6. Dem **Stellenplan 2020/2021** für das Amt 530 **wird zugestimmt.**

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2019 für das Amt 530 ist als Anlage 1 beigefügt.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppel-Haushalt 2020/2021 für den Stab des Dezernates 5

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8781/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 mit den Plandaten für die Jahre 2022 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 **wird zugestimmt.**
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Haushalts-jahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales	2020	219 €	503.578 €	503.359 €
	2021	219 €	514.086 €	513.866 €
11.05.05 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	2020	5 €	9.186 €	9.181 €
	2021	5 €	9.419 €	9.414 €
11.05.06 REGE	2020	5 €	2.069.566 €	2.069.562 €
	2021	5 €	2.069.700 €	2.069.695 €
Summen	2020	229 €	2.582.330 €	2.582.101 €
	2021	229 €	2.593.205 €	2.592.976 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushalts-jahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales	2020	0 €	2.500 €	2.500 €
	2021	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt.

3. Dem **Doppel-Stellenplan 2020/2021** für den Stab des Dezernates 5 – 095 – **wird zugestimmt.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -
 Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2020/2021 für das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8792/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 **wird zugestimmt.**
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen **wird**, unter Berücksichtigung der Veränderungsliste, **zugestimmt.**

Produkt-gruppe	Haushalts-jahr	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2020	3.455 €	129.460 €	0 €	126.005 €
	2021	3.434 €	131.460 €	0 €	128.026 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	2020	57.605.612 €	119.502.883 €	0 €	61.897.271 €
	2021	59.057.811 €	122.604.312 €	0 €	63.546.501 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	2020	52.858.049 €	71.101.947 €	14.000 €	18.229.898 €
	2021	54.619.298 €	73.467.241 €	14.000 €	18.833.943 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	2020	16.596.626 €	72.636.767 €	0 €	56.040.141 €
	2021	16.755.157 €	73.811.910 €	0 €	57.056.753 €
Gesamtergebnis Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	2020	127.063.742 €	263.371.057 €	14.000 €	136.293.315 €
	2021	130.435.700 €	270.014.923 €	14.000 €	139.565.223 €

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der nachstehenden Produktgruppen **wird zugestimmt:**

Produkt-gruppe	Haushaltsjahr	investive Einzahlungen	investive Auszahlungen	Ergebnis
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	2020	73.000 €	164.100 €	91.100 €
	2021	73.000 €	144.100 €	71.100 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	2020	0 €	0 €	0 €
	2021	0 €	0 €	0 €
Gesamtergebnis Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	2020	73.000 €	164.100 €	91.100 €
	2021	73.000 €	144.100 €	71.100 €

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 **wird zugestimmt.**
5. Dem **Doppel-Stellenplan** 2020/2021 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – **wird**, unter Berücksichtigung der Veränderungsliste, **zugestimmt.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -
 Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

-.-.-

Zu Punkt 11.4 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2020/2021 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8783/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention mit den Plandaten für die Jahre 2022 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

4. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 **wird zugestimmt.**
5. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haus-halts-jahr	mit or-dentlichen Erträgen	mit ordentli-chen Auf-wendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialpla-nung u. Prävention	2020	1.294.814 €	3.625.064 €	2.330.250 €
	2021	62.500 €	2.467.544 €	2.405.044 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haus-halts-jahr	Investive Einzahlun-gen	Investive Auszahlun-gen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2020	0 €	2.600 €	2.600 €
	2021	0 €	2.600 €	2.600 €

wird zugestimmt.

6. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe

11.01.31 für den Doppelhaushalt 2020/2021 **wird zugestimmt.**

7. Dem **Doppelstellenplan** 2020/2021 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention entsprechend Anlage 2 **wird zugestimmt.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -
 Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

-.-.-

Zu Punkt 12 Schulsozialarbeit in Bielefeld – Rahmenkonzept und erste Umsetzungsschritte

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9209/2014-2020

Frau Krutwage erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Sie weist darauf hin, dass der Schul- und Sportausschuss die Vorlage soeben einstimmig beschlossen habe.

Auf Nachfragen von Herrn Holler-Göller und Herrn Brücher führt Frau Krutwage aus, dass die Stadt Bielefeld bei einer Stellenumverteilung im Rahmen der systemischen Koordinierung keine Zugriffsmöglichkeit auf landesfinanzierte Stellen haben. Ziel sei es selbstverständlich, dass im Rahmen von Gesprächen mit dem Land ein gemeinsamer Gestaltungsprozess angestoßen werde. Besonders wichtig sei hier auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulamt und Jugendamt.

Frau Bußmann kritisiert, dass Schulsozialarbeit teilweise aus BuT-Mitteln finanziert werde. Nach Auffassung Der Linken müssten diese Mittel zur Anhebung des Kinder-Regelsatzes verwendet werden.

Herr Copertino signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, da auch sie die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit sehe.

Vorsitzender Herr Hood spricht der Verwaltung im Namen des Ausschusses seinen Dank aus.

Beschluss:

1. **Als Grundlage für die Entscheidungsfindung nimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die in den Anlagen 1 und 1a aufgeführten Informationen zur Kenntnis.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rahmenkonzept „Schulsozialarbeit in Bielefeld“ formulierten Empfehlungen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Schulen, den Trägern der Jugendhilfe, den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie der Schulabteilung der Bezirksregierung Detmold umzusetzen. Grundlage hierfür bildet der „Maßnahmenplan Schulsozialar-**

beit“ (s. Anlage 2).

3. Die zuständigen politischen Gremien werden anlassbezogen, mind. 1 x jährlich, über den Stand der Umsetzung informiert.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Ernennung eines neuen Mitgliedes des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9183/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ernennt auf Vorschlag der unter Nr. 4 Ziffer 13 der Satzung des Psychiatriebeirates, in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 02.06.2016, des Netzwerkes „Migration und psychosoziale Versorgung“, Frau Regine Schrader als neues Mitglied des Psychiatriebeirates.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Bericht aus Bielefeld integriert

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Beteiligung am Projekt „gemeinsam klappt's“. Im Rahmen dieses landesfinanzierten Projektes solle geduldeten geflüchteten Menschen, zwischen 18-25 Jahren, der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Im Asylbewerberleistungsgesetz sei keine Arbeitsmarktförderung vorgesehen. Der zu betreuende Personenkreis umfasse ca. 200 Personen. Für ihre Betreuung seien bei der REGE mbH zwei Stellen geschaffen worden. Die Stadt Bielefeld müsse für das Projekt einen Eigenanteil von 90.000 €, verteilt auf mehrere Jahre, erbringen. Konkrete Projektmaßnahmen würden in den nächsten Monaten im SGA vorgestellt.

Die Lenkungsgruppe treffe sich am Freitag, den 13.09.2019, um über die sinnvolle Verwendung des Integrationsbudgets zu beraten.

Darüber hinaus werde sich über die erkennbar werdenden Integrationsprobleme von EU-Ausländern, insbesondere bei vielen Bulgaren und Rumänen, ausgetauscht.

Für die Vergabe der auch in diesem Jahr zur Verfügung gestellten Projektmittel zur Integration liefe derzeit ein Projektauftrag, der erfolgreich sei. Über die Vergabe der Mittel würde das Vergabegremium voraussichtlich im Oktober entscheiden.

-.-.-

Zu Punkt 15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vor Eintritt in die nichtöffentliche Sitzung setzt Vorsitzender Herr Hood die Ausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass Frau Schulz heute letztmalig als Amtsleiterin des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- an einer Sitzung des SGA teilnehmen werde. Ab 01.11.2019 werde sie die Freistellungsphase der Altersteilzeit antreten. Er bedankt sich für die langjährige gute Zusammenarbeit und ihren Einsatz für die Integration von Menschen. Als Dank überreicht er Frau Schulz einen Blumenstrauß und wünscht ihr für die vor ihr liegende Zeit alles Gute.

Frau Schulz bedankt sich für die lieben Worte und macht deutlich, dass sie die inhaltlichen Auseinandersetzungen und das Engagement des Ausschusses sehr beeindruckt hätten.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hood
Vorsitzender

Krumme
Schriftführerin